

Fragebogen zur Nationalratswahl 2019 der Plattform 20000frauen an

Liste Sebastian Kurz – die neue Volkspartei (ÖVP)

Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

NEOS – Das Neue Österreich (NEOS)

JETZT – Liste Pilz (JETZT)

Alternative Listen, KPÖ Plus, Linke und Unabhängige (KPÖ)

Die Grünen – Die Grüne Alternative (GRÜNE)

Wandel – Aufbruch in ein gemeinwohlorientiertes Morgen mit guter Arbeit,
leistbarem Wohnen und radikaler Klimapolitik. Es gibt viel zu gewinnen.

(WANDL)

	ÖVP	SPÖ	FPÖ	NEOS	JETZT	KPÖ	Grüne	Wandel
Schwangerschafts- abbruch: keine Einschränkung	Red	Yellow	Red	Yellow	Green	Green	Green	Green
Frauenministerium mit 3-fachem Budget	Red	Yellow	Yellow	Yellow	Green	Green	Green	Green
Notstandhilfe + Mindestsicherung	Red	Yellow	Red	Yellow	Green	Green	Yellow	Green

Würden Sie folgende 3 Punkte zur Koalitionsbedingung machen, falls Sie nach der Wahl gemeinsam mit einer anderen bzw. mehreren Parteien eine Regierung bilden?

- Keine Einschränkungen bei der gesetzlichen Regelung des Schwangerschaftsabbruchs (z.B. verpflichtende Wartezeit, Beratungszwang, Verkürzung der Frist usw.)
- Frauenministerin als Teil der Regierung und eine Verdreifachung ihres Budgets
- Keine Abschaffung der Notstandhilfe und Nachbesserung bei der ‚Sozialhilfe neu‘/Wiedereinführung der Mindestsicherung

ÖVP:

Als Volkspartei haben wir eine uneingeschränkte Achtung vor dem menschlichen Leben – dem geborenen und dem ungeborenen. Gleichzeitig ist es wichtig, die Selbstbestimmung der Frau zu respektieren. Wir möchten alles dafür tun, damit Frauen erst gar nicht in die Situation kommen und eine derartig schwerwiegende Entscheidung wie einen Schwangerschaftsabbruch treffen zu müssen. Dafür müssen wir unseren Fokus auf Aufklärung und Bewusstseinsbildung im schulischen sowie im privaten Bereich richten. Wir werden auch künftig den Ausbau der Unterstützungs- und Beratungsleistungen für Schwangere forcieren. Darüber hinaus gilt es kinder- und familienfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen, indem wir hochwertige qualitative Kinderbetreuungsmöglichkeiten in Österreich weiter ausbauen. Für uns ist aber klar: Für viele ist eine ungewollte Schwangerschaft ein belastendes Ereignis. Der Umgang mit dem Schwangerschaftsabbruch bedarf daher viel Feingefühl. Deswegen möchten wir eine eingehende Diskussion mit Betroffenen und unabhängigen Experten, um die besten Lösungen in diesen sensiblen Fragen zu finden.

SPÖ:

Für uns steht fest: An Frauenrechten darf nicht gerüttelt werden! Diese Rechte haben sich die Frauen in Österreich hart erkämpft. Wir setzen uns gegen alle Versuche zur Wehr, dieses Recht einzuschränken. Die SPÖ hat die Forderungen des Frauenvolksbegehrens von Anfang an unterstützt und Anträge zu allen Themen im Nationalrat eingebracht. Thematisch reichen diese Anträge von Geschlechterquoten über Lohntransparenz, Unterhaltsgarantie, Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung bis zu sexueller Selbstbestimmung und Gewaltschutz. Wir werden auch in den kommenden Jahren nicht aufhören, diese Themen immer und immer wieder auf den Tisch zu bringen.

FPÖ:

Wir sprechen uns für Einführung einer Bedenkfrist zwischen Anmeldung und Durchführung eines Schwangerschaftsabbruches aus. Eine solche Entscheidung darf nicht übereilig und unter Zeitdruck getroffen werden. Die psychische Belastung sowie der große Druck, unter dem diese Frauen stehen, ist enorm und daher halten wir eine zeitlich angemessene Bedenkzeit für unbedingt notwendig. Weiters ist eine Beratung nicht als Zwang anzusehen, sondern als zusätzliche Maßnahme, welche Alternativen aufzeigt. Eine Erhöhung des Frauenbudgets ist längst überfällig, daher haben wir auch einen Antrag im Parlament eingebracht, welcher im Zuge der

nächsten Sitzung zur Abstimmung gebracht werden wird. Wir hoffen hier auf die Unterstützung aller anderen Parteien.

NEOS:

Über Koalitionsbedingungen zu sprechen wäre zum derzeitigen Zeitpunkt nicht seriös. Wir setzen uns mit großer Vehemenz für eine geschlechtergerechte Gesellschaft ein und werden uns auch nach der Nationalratswahl dafür stark machen, unser Programm umzusetzen - egal in welcher Rolle.

JETZT:

Schwangerschaftsabbruch raus aus dem Strafgesetz.
Ja und Ja. Das Geld für Gewaltschutz (Hälfte des Budgets) muss vom Innen-Außen-Bildungs-Gesundheits-Justizministerium mitgetragen werden.
Keine Abschaffung der Notstandshilfe und Wiedereinführung der Mindestsicherung (bundesweite Standards!)

KPÖ:

Wir würden diese drei Forderungen zur Koalitionsbedingung machen

GRÜNE:

Es wird mit den Grünen keine Einschränkung bei der gesetzlichen Regelung des Schwangerschaftsabbruchs geben.
Wir werden auf ein eigenständiges Frauenministerium bestehen und dafür sorgen, dass dies mit entsprechenden Mitteln ausgestattet ist. Eine Verdreifachung erscheint uns auf Grund des derzeit niedrigen Budgets und des großen Bedarfs an Initiativen in den Bereichen Gleichstellung wie Gewaltschutz als Untergrenze.
Eine Abschaffung der Notstandshilfe kommt mit den Grünen nicht in Frage. Ebenso wird eine Regierung, der die Grünen angehören, mit Sicherheit keine Umsetzung des sogenannten Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes durch die Länder erzwingen, sondern eine neue, bessere und sozialere Regelung auf Basis der bisherigen Mindestsicherung erarbeiten.

WANDL:

Antwort: JA

Weitere frauenpolitische Fragen:

- Soll der Schwangerschaftsabbruch aus dem Strafgesetzbuch gestrichen werden?

ÖVP: siehe oben

SPÖ:

Für die sexuelle Selbstbestimmung von Mädchen und Frauen ist in den letzten Jahrzehnten viel geschehen. Frauengesundheitszentren wurden eingerichtet, die Aufklärung in Schulen verbessert, der Zugang zu Verhütungsmitteln vereinfacht. Jetzt braucht es weitere Verbesserungen. Es muss endlich in ganz Österreich möglich sein, einen Schwangerschaftsabbruch an öffentlichen Spitälern durchführen zu lassen. Denn wenn sich eine Frau für einen Schwangerschaftsabbruch entscheidet, dann darf es keine zusätzlichen Hürden, wie lange Anreisewege geben. Frauen müssen darauf vertrauen können, dass sie in ihrer Nähe medizinisch gut betreut werden. Weiters fordern wir bundesgesetzliche Regelungen zur Errichtung von Schutzzonen vor Abtreibungskliniken, umfassende Sexualerziehung an allen Schulen und sachliche Information über Empfängnisverhütung in den Medien. Die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruches ist eines der wichtigsten Errungenschaften der Frauenbewegung. Wir werden dabei #keinen Millimeter nachgeben. Es gilt nach wie vor „My body! My choice“ bzw. „Mein Bauch gehört mir“! Jedem Versuch, eine Einschränkung bei Schwangerschaftsabbrüchen einzuführen, wie es immer wieder diskutiert wird, antworten wir mit einem deutlichen #keinenMillimeter.

FPÖ:

Eine Streichung aus dem Strafgesetzbuch sehen wir nicht als unterstützenswert an.

NEOS:

Sexuelle Selbstbestimmung und Integrität von Frauen sind neben Unabhängigkeit und Freiheit zentrale Anliegen liberaler Frauenpolitik um Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen. Wir wollen jedenfalls keine Verschärfung der aktuell geltenden Fristenlösung. Ziel ist eine Vermeidung von ungewollten Schwangerschaften - der Weg dorthin muss aber über Prävention, Beratung und Aufklärung führen. Ein niederschwelliger Zugang zu Verhütungsmitteln ist dabei vor allem für junge Menschen essentiell, der leichte Zugang dazu muss gewährleistet sein. Darum fordern wir gratis Verhütungsmittel für unter 18-Jährige.

JETZT:

Wir wissen, dass Länder, in denen die reproduktiven Rechte gewahrt sind, eine geringere Rate von Schwangerschaftsabbrüchen vorweisen. Das ist das Ziel. Um dieses zu erreichen, brauchen wir:

eine qualitativ hochwertige Aufklärung in Bildungseinrichtungen, mehrsprachige Kampagnen, kostenlose Verhütungsmittel, die Möglichkeit, in jedem Bundesland einen Schwangerschaftsabbruch in einer Klinik vorzunehmen. Kostenlosen Schwangerschaftsabbruch, das Recht, im Internet über Schwangerschaftsabbrüche zu informieren, flächendeckende Beratungsstellen, insbesondere auf dem Land, in denen interdisziplinär gearbeitet wird (medizinische, soziale und arbeitsrechtliche Beratung), ohne, dass diese verpflichtend ist. Schwangerschaftsabbruch raus aus dem Strafgesetz.

Darüber hinaus, gilt es, die von der WHO empfohlene Kaiserschnittquote von 10% einzuhalten. Dass in Österreich mittlerweile jedem dritten Kind eine natürliche Spontangeburt vorenthalten wird, da Kaiserschnitte ökonomisch lukrativer sind, planbar und kurz, darf keine schlechte Gewohnheit bleiben.

Förderung von Hebammen und Hebammenzentren. Der Hebammenmangel ist in Österreich eklatant, insbesondere an Kassenhebammen besteht ein dramatischer Bedarf

KPÖ:

Es gilt: My Body my Choice - Streichung ja

GRÜNE:

Die Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs soll aus dem Strafgesetzbuch gestrichen werden.

WANDL:

Antwort: JA

• Soll es eine Unterhaltssicherung für die Kinder Alleinerziehender geben?

ÖVP:

Alleinerziehende Mütter müssen besonders unterstützt werden. Die Neuregelung der Mindestsicherung sorgt dafür, dass insbesondere Alleinerziehende stärker unterstützt werden. Auch beim Familienbonus wurden Alleinerziehende besonders berücksichtigt. Außerdem müssen wir sicherstellen, dass der Unterhaltsvorschuss rechtzeitig und in ausreichender Höhe bei den Alleinerziehenden ankommt. Dazu gilt es bestehende Lücken im Unterhaltsvorschussgesetz zu prüfen und gegebenenfalls zu schließen.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Noch immer leisten Frauen den größten Anteil der unbezahlten Arbeit. Familien- und Pflegeaufgaben etwa, sind nicht alleine Frauensache. Es braucht hier mehr Bewusstsein für die

Gleichstellung in der Partnerschaft. Darüber hinaus müssen wir die Kinderbetreuungsmöglichkeiten in Österreich weiter ausbauen. Denn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist heutzutage immer noch teilweise schwierig zu organisieren, vor allem dort, wo die Kinderbetreuungseinrichtungen nur eingeschränkte Öffnungszeiten haben. Wir wollen beim Abschluss der nächsten 15a-Vereinbarungen über die Bereitstellung von Bundesmitteln für die Kinderbetreuung der unter 6-Jährigen und für die Nachmittagsbetreuung mehr Geld zur Verfügung stellen – mit einem Fokus auf jene Gebiete in Österreich, wo es noch Aufholbedarf bei der Flexibilität der Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen gibt. Außerdem stellt die Kinderbetreuung während der Schulferien berufstätige Eltern vor eine Herausforderung. Das ist während der Sommerferien so, aber auch bei den anderen Ferien während des Jahres. Besonders schwierig ist es, wenn die Ferienregelungen von Schule zu Schule unterschiedlich sind. Die neu eingeführten, österreichweit einheitlichen Herbstferien sind deswegen eine große Erleichterung für Eltern, vor allem wenn die Kinder in unterschiedliche Schulen gehen. Mit der neuen Regelung soll aber auch einhergehen, dass qualitative Angebote für die Kinderbetreuung geschaffen werden, damit die Eltern, die sich während dieser Zeit nicht freinehmen können, ihre Kinder gut betreut wissen. Auch der Ausbau und die Qualität von Kinderbetreuung während anderer Ferienzeiten soll weiter forciert werden.

SPÖ:

Um Alleinerzieherinnen und ihre Kinder vor Armut zu schützen fordern wir weiterhin die Einführung der Unterhaltsgarantie, zu der sich im Wahlkampf 2017 bereits alle Parteien bekannt haben.

FPÖ:

In der Sozialhilfe Neu haben wir für Alleinerziehende eine erhöhte Förderung und damit eine Unterhaltssicherung für deren Kinder vorgesehen.

NEOS:

Das österreichische Unterhaltsrecht muss dringend modernisiert werden. NEOS setzt sich insbesondere für eine rasche Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes ein.

JETZT:

Ja!

KPÖ:

Unterhaltsicherung: Ja

GRÜNE:

Ja. Die Grüne Grundsicherung soll sicherstellen, dass alle Kinder existenziell abgesichert sind. Im Streitfall soll sich die Behörde um die Einbringung von Unterhaltsansprüchen kümmern können.

WANDL:

Antwort: JA

- Wie wollen Sie Frauenarmut konkret bekämpfen und soll es eine Existenzsicherung für alle unabhängig von Erwerbsarbeit geben? Wenn ja, in welcher Höhe?

ÖVP:

Ein Thema, das uns sehr am Herzen liegt, ist die Bekämpfung der Frauenarmut. Die Ursachen für die Armutgefährdung von Frauen sind vielfältig, daher brauchen wir auch vielfältige Lösungsansätze. Unsere langjährigen Forderungen nach der besseren Anrechnung von Karenzzeiten und Kindererziehungszeiten konnten wir bereits erfolgreich umsetzen, aber es gibt noch einiges zu tun. Fast 80 Prozent der Teilzeitstellen werden von Frauen ausgeübt, das hat nicht nur Auswirkungen auf ihr Erwerbseinkommen sondern vor allem auch auf ihre Pension. Daher brauchen wir mehr Aufklärung über die Folgen von Teilzeitarbeit, mehr Bewusstsein für eine partnerschaftliche Aufteilung bei der Kinderziehung und der unbezahlten Arbeit sowie vor allem ein automatisches Pensionssplitting mit Opt-out-Möglichkeit. Denn für jenen Elternteil, der sich nach der Geburt eines Kindes hauptsächlich der Betreuung widmet, ist es nur fair, wenn diese Zeit entsprechend für die Pension angerechnet wird. Frauen darf kein finanzieller Nachteil daraus entstehen, wenn Paare sich dazu entscheiden, Kinder zu haben – nicht während ihrer Erwerbstätigkeit und auch nicht in der Pension. Darüber hinaus müssen wir Frauen beim Wiedereinstieg in die Beschäftigung unterstützen. Das AMS bietet dazu vielfältige Angebote, diese gilt es weiterhin sicherzustellen. Wir müssen aber auch Rahmenbedingungen schaffen, die eine Vereinbarung von Familie und Beruf zulassen, indem wir zum Beispiel die Kinderbetreuungsmöglichkeiten weiter auszubauen.

SPÖ:

Teilzeitarbeit kann viele Vorteile haben, ist aber auch kritisch zu sehen, weil lange Phasen von niedrigem Verdienst – insbesondere für Frauen – nachteilig sind und oft, vor allem im hohen Alter oder für Alleinerziehende,

in die Armutsfalle führen. Wir sind froh, dass es uns gelungen ist, die volle Anrechnung der Karenzzeiten für Urlaubsansprüche, Gehaltsvorrückungen, Pension endlich gesetzlich zu verankern sowie die Mindestpension für Menschen mit 40 Beitragsjahren auf 1.200 Euro netto anzuheben. Die Abgeltung von Überstunden bei Teilzeit so wie bei Vollzeit ist ein nächster wichtiger Schritt. Grundsätzlich muss an der Einkommenstransparenz gearbeitet werden, denn nach wie vor ist gleicher Lohn für gleiche Arbeit nicht umgesetzt. Auch fordern wir einen Rechtsanspruch auf Teilzeit für Kinderbetreuung, Pflege, Bildung und im Alter. Wir stehen zum freiwilligen Pensionssplitting wie es jetzt ist. Wichtiger sind eine bessere Aufteilung der Sorge- und Pflegearbeit sowie Maßnahmen zur Verringerung der Gehaltsschere zwischen Männern und Frauen. Zusätzlich fordern wir mehr Lohngerechtigkeit durch ein Gesetz nach dem Vorbild von Island, welches Firmen dazu verpflichtet, die faire Bezahlung von Frauen und Männern zu dokumentieren und spürbare Sanktionen bei Nichteinhaltung festlegt. Das Grundprinzip des gleichen Einkommens für gleichwertige Arbeit in unserer modernen und aufgeklärten Gesellschaft sollte ebenso eine Selbstverständlichkeit sein wie die gleichberechtigte Teilhabe an politischer Macht, Einflussmöglichkeiten und Entscheidungen.

FPÖ:

Mit der Sozialhilfe Neu gibt es für Frauen eine Grundsicherung. Handelt es sich um Alleinerzieherinnen, dann gibt es die Möglichkeit von finanziellen Zuschlägen. Mit der Mindestpension von 1.200 Euro für Langzeitversicherte wurde hier für Pensionistinnen ebenfalls Verbesserungen umgesetzt. Auch unsere langjährige Forderung auf Anrechnung der Karenzzeiten ist ein frauenpolitischer Meilenstein und wirkt sich positiv auf Gehaltsvorrückungen, Urlaubsansprüche, Kündigungsfristen, Entgeltfortzahlungen und Krankenstandsansprüche aus.

NEOS:

Wir wollen negative Erwerbsanreize abschaffen und steuer-, familien- und arbeitsrechtliche Regelungen schaffen, die eine gleichwertigere Aufteilung von Care-Arbeit zwischen Männern und Frauen ermöglichen. Kinderbetreuungsplätze müssen massiv ausgebaut werden. NEOS setzt sich zudem für ein automatisches Pensionssplitting mit Opt-Out Möglichkeit ein. Im Sozialbereich setzten wir uns für ein liberales Bürgergeld ein, das unbürokratisch und treffsicher ist.

JETZT:

Mindestlohn: 1.700Euro, Grundsicherung der Pensionen:1.200Euro netto

KPÖ:

Frauenarmut bekämpft man am besten durch gerechte Löhne, wir setzen uns daher für einen gesetzlichen Mindestlohn 1750Euro ein.

GRÜNE:

Die Grüne Grundsicherung sieht einen Rechtsanspruch auf Ausbildung und Qualifikation, Beratung und Betreuung vor. In Problemlagen gibt es einen Anspruch auf eine Grundsicherung zumindest in der Höhe der Ausgleichszulage (also derzeit 933Euro). Klar ist aber, dass gegen Armut nicht nur auf individueller Ebene interveniert werden kann. Es bedarf auch der Durchsetzung von Mindestlöhnen, einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Einkommensausgleich, des Ausbaus der Kinderbetreuung, der Durchsetzung von Frauenförderplänen in Betrieben und die Bindung von öffentlichen Aufträgen an Qualitätskriterien (um nur einige zu nennen)

WANDL:

Antwort: Eine sichere Existenz darf nicht ausschließlich von Erwerbsarbeit abhängen. Deshalb fordern wir langfristig, also binnen einer Generation) ein Grundeinkommen (1500 Euro pro Monat). Im Hier und Jetzt wollen wir einen Mindestlohn von 2.000 Euro sowie eine soziale Absicherung über Arbeitslosengeld und Mindestsicherung, die über dem Armutsniveau von 1.250 für Alleinstehende liegt.

• Wie stehen Sie zur gesetzlichen Verankerung geschlechtsspezifischer Fluchtgründe? Soll es eine erleichterte Familienzusammenführung geben? Welche speziellen Gewaltschutz-Maßnahmen sollen für geflüchtete Frauen zur Verfügung stehen?

ÖVP:

Abschließend möchten wir noch auf das Thema Sicherheit eingehen. Der Kampf gegen Gewalt an Frauen war und ist uns ein zentrales Anliegen. Denn Frauen, die körperliche und sexuelle Gewalt erfahren, sind längst keine Einzelfälle mehr. Für uns ist klar: Alle Frauen, die in Österreich leben, müssen sich sicher fühlen können. Dazu haben wir in der letzten Bundesregierung ein Maßnahmenbündel vorgestellt, das neben einem niederschweligen Opferschutz auch eine verstärkte Täterarbeit vorsieht. Wichtig ist auch, das Angebot an Plätzen der Unterstützungseinrichtungen für Frauen, die von Gewalt betroffen sind, zu erweitern. Das reicht von einem Ausbau der Beratungsstellen über eine Bereitstellung von mehr Übergangswohnungen bis hin zu einer höheren Anzahl an Plätzen in

Frauenhäusern. In der nächsten Legislaturperiode sollen dafür die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

SPÖ:

Der Schutz von Frauen und Mädchen auf der Flucht war uns immer schon ein Anliegen. Die Hälfte der Flüchtenden weltweit ist weiblich. Es brauche mehr Sensibilisierung und Aufklärung über geschlechtsspezifische Verfolgungsgründe. Ebenso fordern wir ein Recht auf schnelle, sichere Familienzusammenführung sowie einen eigenständigen Aufenthaltsstatus unabhängig vom Ehepartner. Unser Ziel ist es somit, Frauen- und geschlechtsspezifische Fluchtgründe gesetzlich zu verankern.

FPÖ:

Die FPÖ bekennt sich dazu, aus rassistischen, religiösen oder politischen Gründen Verfolgten politisches Asyl zu gewähren, sofern sie nicht über ein sicheres Drittland ins Bundesgebiet eingereist sind.

Eine erleichterte Familienzusammenführung wird von Seiten der FPÖ abgelehnt.

Ein umfassendes Gewaltschutzpaket von FPÖ und ÖVP liegt zurzeit im Parlament und wird vor der Wahl noch beschlossen werden.

NEOS:

Wir befürworten die Verankerung geschlechterspezifischer Fluchtgründe und einen Ausbau von Beratungs- und Betreuungsangeboten für geflüchtete Frauen. Es braucht geschlechtergetrennte Unterbringung und spezielle Schutzräume für geflüchtete Frauen und Kinder, die von Gewalt betroffen sind. Polizei, Justiz und Dolmetscher_innen müssen sensibilisiert und geschult werden, niederschwelliger Zugang zu geschlechterspezifischer medizinischer und psychologischer Therapie und Beratung muss gewährleistet werden.

JETZT:

Gesetzliche Verankerung ist wichtig. Ja zur erleichterten Familienzusammenführung. Maßnahmen: Eigene Räumlichkeiten, insbesondere im Nassbereich. Psychologische Unterstützung. Beratung für Einführung in Arbeitsmarkt. Staatliche Finanzierung eines Frauenhausplatzes für Asylsuchende.

KPÖ:

Geschlechterdiskriminierung muss ein Fluchtgrund sein - wir setzen uns ein für die Umsetzung der Istanbul Konvention. Gleichzeitig müssen Frauen aus patriarchal geprägten Strukturen gestärkt werden. Hierbei leistet der

Verein Frauen aus allen Ländern gute Arbeit, nicht zuletzt im Bildungsbereich. Familienzusammenführung unbedingt.

GRÜNE:

Die Grünen unterstützen die gesetzliche Verankerung geschlechtsspezifischer Fluchtgründe, etwa hinsichtlich der Gefahr von FGM, der rechtlichen und/oder faktischen Entmündigung von Frauen, der Bedrohung durch Gewalt auf Grund des Geschlechts oder der Bedrohung der Zwangverheiratung.

Für geflüchtete Frauen muss es eigene Einrichtungen geben, die in der Lage sind, die direkte oder indirekte Fortsetzung der Bedrohung zu verhindern und die entsprechende spezifische Unterstützung zu bieten, die Gewaltopfer benötigen. Es versteht sich von selbst, dass diese Frauen einen Anspruch auf Nachzug von Familienmitgliedern haben, die nicht an der Bedrohung gegen sie beteiligt waren, also insbesondere Kinder.

WANDL:

Antwort: 1. Laut Genfer Flüchtlingskonvention ist Verfolgung aufgrund des Geschlechts ein Fluchtgrund. Wir fordern eine Anerkennung und gesetzliche Verankerung sexualisierter Gewalt als Fluchtgrund.

2. Da eine Flucht oft lange dauert und sehr gefährlich ist, flüchten heute meist Männer; Frauen bleiben eher mit ihren Kindern im Heimatland oder in Flüchtlingslagern in der Region und warten ab. Wir fordern, dass Asylverfahren standardmäßig auf 6 Monate verkürzt werden. Ist das Verfahren bis dahin noch nicht abgeschlossen, soll eine sofortige Arbeitsgenehmigung erteilt und eine Familienzusammenführung ermöglicht werden.

3. Förderungen für Vereine, die geflüchtete Frauen speziell unterstützen sowie Gewaltprävention in den Familien durch ausgebildete SozialarbeiterInnen, sowie die Bereitstellung von genügend Plätzen in Frauenhäuser für alle Frauen, die diese Akuthilfe brauchen.

• Unterstützen Sie das bisherige sogenannte Ministerziel, zumindest 50 Prozent der Fördermittel des Arbeitsmarktservice im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik für Frauen zu verwenden? Wie stehen Sie zu dem neuen Vermittlungsalgorithmus des AMS?

ÖVP:

SPÖ:

Die Streichung des Ministerziels, zumindest 50 Prozent der Fördermittel des AMS für Frauen zu dotieren, war ein Angriff auf jede Frau im

erwerbsfähigen Alter. Studien zeigen, dass Frauen am Arbeitsmarkt ohnehin systematisch benachteiligt werden. Die Lohnschere beträgt im Schnitt rund 20 Prozent. Bereits 10 Jahre nach der Geburt eines Kindes müssen Frauen mit einem Einkommensverlust in Höhe von durchschnittlich 51 Prozent rechnen. Statt vorwärts ging es in der letzten Legislaturperiode im Laufschrift zurück. Wir fordern daher, die Wiedereinführung des Ministerziels, dass zumindest 50 Prozent der Fördermittel des Arbeitsmarktservices für Frauen verwendet wird. Der Einsatz des AMS-Vermittlungsalgorithmus ist aus unserer Sicht frauen- und menschenverachtend. Er fördert ganz klar Rassismus, Sexismus und Altersdiskriminierung.

FPÖ:

Ja, das Ziel 50 Prozent der Fördermittel für Frauen zu verwenden wird unterstützt, bei Bedarf kann es auch mehr sein, wenn die Arbeitsmarktlage das verlangt.

Der Vermittlungsalgorithmus wird von uns abgelehnt. Das ist eine Idee des schwarz-roten Duos Kopf/Buchinger im AMS-Vorstand, welche wir nicht für sinnvoll erachten.

NEOS:

Mittel aus der Arbeitsmarktpolitik sollten immer möglichst flexibel einsetzbar sein, um zu gewährleisten, dass sie besonders vulnerablen Gruppen zugute kommen können. Der vom AMS verwendete Algorithmus soll in erster Linie dazu führen, dass Arbeitslose, schneller in den Arbeitsmarkt vermittelt werden können. Er ist im ersten Testjahr und entspricht einer Empfehlung der OECD. Insofern blicken wir gespannt auf einen Zwischenbericht (dessen Erstellung und Veröffentlichung wir fordern), der die Effektivität des Instrumentes evaluiert, und in dem sich auch schon überprüfen lassen sollte, ob es Effekte statistischer Diskriminierung gab oder nicht. Klar ist natürlich: Ein Algorithmus wird nie vollständig die Arbeit der Berater_innen ersetzen - denn gerade wenn es um die Vermittlung von Menschen, die schon lange Zeit ohne Beschäftigung sind, geht, ist es wichtig, persönliche Beratung zur Verfügung zu stellen.

JETZT:

Ja, selbstverständlich.

Er (der Vermittlungsalgorithmus des AMS) bildet die Realität ab. Gefahr des Missbrauchs ist leider gegeben.

KPÖ:

Den neuen Algorithmus gilt es abzulehnen, Frauen werden dadurch massiv benachteiligt. Gender Budgeting für öffentliche Gelder hingegen ist sinnvoll.

GRÜNE:

Ja. 50% der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik und 50% der Förderungen haben Frauen zu Gute zu kommen. Den AMS-Algorithmus lehnen wir ab.

WANDL:

Antwort: 1. JA

2. Die Klassifizierung von arbeitslosen Menschen an Algorithmen ist an sich eine fragwürdige Angelegenheit. Die Entscheidung, gerade Menschen, die einen besonderen Betreuungsbedarf haben, von bestimmten Dienstleistungen auszuschließen, ist letztklassig.

• Würden Sie die Finanzierung einer neuen Zeitbudget-Studie unterstützen, um dringend notwendige Daten zur unbezahlten Arbeit in Österreich zu erlangen?

ÖVP:

SPÖ:

Unbezahlte Arbeit in Österreich trifft vorrangig Frauen in den Bereichen Kinderbetreuung und Pflege. Es ist wichtig, dass die Gesellschaft dies würdigt und wertschätzt. Die Finanzierung einer neuen Zeitbudget-Studie kann hierbei in jedem Fall nur einen ersten Schritt darstellen.

FPÖ:

Ja, das wäre sinnvoll. Politische Entscheidungen müssen auf einer soliden Datenlage fußen.

NEOS:

NEOS steht für evidenzbasierte Politik. Darum stehen wir der Finanzierung wissenschaftlicher Forschung natürlich positiv gegenüber.

JETZT:

Selbstverständlich. Regelmäßig.

KPÖ:

Ja. Denn Reproduktionsarbeit ist nicht genügend erfasst. Diese muss ebenso gerecht aufgeteilt sein.

GRÜNE:

Ja. In jedem Fall. Dies wird mit Sicherheit einer der ersten Anträge sein, wenn die Grünen wieder in den Nationalrat kommen.

WANDL:

Antwort: JA